

Ihr Name Michelle Essadi / 5VISION GmbH

Ihre Anmerkungen Ausführliche Kritik am Reformstaatsvertrag: Eine Bedrohung für zeitgemäße Nachrichtenversorgung und die Existenz von Nachrichtenagenturen

Der vorliegende Entwurf des Reformstaatsvertrags der Bundesländer stellt eine erhebliche Bedrohung für die zeitgemäße Nachrichtenversorgung der Bevölkerung sowie für die wirtschaftliche Existenz von Nachrichtenagenturen und deren Mitarbeiter dar.

Unrealistische Beschränkung der digitalen Nachrichtenverbreitung

Die vorgeschlagene Regelung, wonach Online-Texte erst publiziert werden dürfen, nachdem ihr Inhalt zuvor in einer Radio- oder Fernsehsendung ausgestrahlt wurde, ist in der heutigen digitalen Informationsgesellschaft völlig unrealistisch. In einer Zeit, in der Nachrichten in Echtzeit verbreitet werden und die Menschen rund um die Uhr Zugang zu aktuellen Informationen erwarten, würde eine solche Beschränkung zu erheblichen Verzögerungen in der Nachrichtenversorgung führen.

Negative Auswirkungen auf die Öffentlichkeit

Die Bevölkerung ist zunehmend auf digitale Medien angewiesen, um sich über aktuelle Ereignisse zu informieren, insbesondere in den frühen Morgenstunden, bevor Radio- und Fernsehsendungen ausgestrahlt werden. Die Verzögerung der digitalen Veröffentlichung von Nachrichten würde dazu führen, dass die Menschen nicht rechtzeitig über wichtige Ereignisse informiert werden. Dies ist besonders kritisch bei Notfällen, Naturkatastrophen oder anderen dringenden Situationen, in denen zeitnahe Informationen lebenswichtig sein können.

Wirtschaftliche Gefährdung von Nachrichtenagenturen und ihren Mitarbeitern

Die vorgeschlagenen Einschränkungen würden zu massiven Umsatzeinbußen für Nachrichtenagenturen führen, da die Nachfrage nach aktuellen digitalen Inhalten erheblich sinken würde. Dies gefährdet nicht nur die Festanstellung von Mitarbeitern, sondern auch die Existenz von freien Mitarbeitern, die auf Aufträge für digitale Inhalte angewiesen sind. Die wirtschaftliche Stabilität der gesamten Branche wäre gefährdet, was letztlich zu einem Verlust an Vielfalt und Qualität in der Medienlandschaft führen würde.

Einschränkung der Pressefreiheit und des Informationsauftrags

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat den Auftrag, die Bevölkerung umfassend und zeitnah zu informieren. Die geplanten Beschränkungen widersprechen diesem Auftrag und schränken die Pressefreiheit ein. Die Verpflichtung zum Sendungsbezug verhindert eine unabhängige und flexible Berichterstattung, die sich an den Bedürfnissen der Öffentlichkeit orientiert. Darüber hinaus würde die Beschränkung die Meinungsvielfalt reduzieren und den demokratischen Diskurs schwächen.

Unvereinbarkeit mit den Nutzungsgewohnheiten der jungen Zielgruppe

Jüngere Menschen konsumieren Nachrichten überwiegend digital und sind es gewohnt, Informationen sofort verfügbar zu haben. Die geplanten Einschränkungen würden es erschweren, diese Zielgruppe zu erreichen, und könnten zu einer weiteren Entfremdung vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk führen. Dies steht im Widerspruch zu dem Ziel, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zukunftsfähig zu machen und für alle Bevölkerungsgruppen attraktiv zu gestalten.

Fazit

Der Reformstaatsvertrag in seiner aktuellen Form würde die zeitgemäße und notwendige digitale Nachrichtenversorgung erheblich beeinträchtigen. Die Beschränkung der digitalen Publikation von Nachrichten ist nicht nur unrealistisch, sondern auch schädlich für die Öffentlichkeit, die Medienbranche und die demokratische Gesellschaft insgesamt. Es ist dringend erforderlich, den Entwurf zu überarbeiten und Lösungen zu finden, die den Anforderungen einer modernen Informationsgesellschaft gerecht werden, ohne die wirtschaftliche Existenz von Nachrichtenagenturen und deren Mitarbeitern zu gefährden.

Empfehlung

Es sollte eine offene Diskussion mit allen beteiligten Akteuren geführt werden, um praxisnahe und zukunftsorientierte Regelungen zu entwickeln. Dabei müssen die Bedürfnisse der Bevölkerung nach zeitnahen Informationen, die wirtschaftlichen Interessen der Nachrichtenagenturen und die Verpflichtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zur umfassenden Information berücksichtigt werden. Nur so kann ein Reformstaatsvertrag entstehen, der den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird.

Mit freundlichen Grüßen

Michelle Essadi

Geschäftsführerin 5VISION GmbH

Optionale Anhänge

Datei -

Bild -

Hinweise zum Datenschutz

Datenschutz akzeptiert

Einverständnis zur Veröffentlichung akzeptiert